

**Niederschrift der 22. Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am
12.02.2024 – öffentlicher Teil**

Datum: 12.02.2024

Zeit: 17:03 Uhr –19:18 Uhr

Ort: Kreisverwaltung Uckermark in Prenzlau, Karl-Marx-Straße 1, Haus 4, Raum 301

Anwesende Ausschussmitglieder:

CDU-Fraktion

Herr Dr. Hans-Otto Gerlach	CDU	per Video
Herr Josef Menke	CDU	
Herr Siegfried Schön	CDU	

SPD-Fraktion

Herr Christian Hartphiel	SPD	
--------------------------	-----	--

AfD-Fraktion

Herr Monty Gutzmann	AfD	Vertretung für Herrn Frank Düpre
Herr Mirko Koschel	AfD	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Florian Profitlich	Bündnis 90/Die Grünen	Stellvertretender Vorsitzender
-------------------------	-----------------------	--------------------------------

Fraktion Bauern-Ländlicher Raum

Herr Achim Rensch	BLR	
-------------------	-----	--

Fraktion BVB/FREIE WÄHLER

Frau Christine Wernicke	BVB/FREIE WÄHLER	
-------------------------	------------------	--

FDP-Fraktion

Herr Walter Seehagen	FDP	
----------------------	-----	--

Sachkundige Einwohner

Herr Jörg Rakow

Verwaltung

Herr Frank Bretsch	1. Beigeordneter
Herr Karsten Stornowski	3. Beigeordneter
Frau Christine Baatz	Amtsleiterin Amt für Kreisentwicklung und Beteiligungsmanagement
Herr Harald Wendt	Stellv. Amtsleiter für Landwirtschaft und Umwelt
Frau Viola Bettin	IT-Sicherheitsbeauftragte

Schriftführer

Herr Paul-Ivo Drenske	Büro des Kreistages
-----------------------	---------------------

Abwesende Ausschussmitglieder:**SPD-Fraktion**

Herr Burkhard Fleischmann	SPD	entschuldigt
---------------------------	-----	--------------

AfD-Fraktion

Herr Frank Düpre	AfD	entschuldigt
------------------	-----	--------------

Fraktion DIE LINKE

Herr Hannes Hanf	DIE LINKE	
Herr Günter Tattenberg	DIE LINKE	entschuldigt

Sachkundige Einwohner

Frau Jana Knaack		
Herr Jens Lübcke		
Herr Marko Tank		
Herr Nico-Marcel Winkler		entschuldigt

Verwaltung

Frau Karina Dörk	Landrätin	entschuldigt
------------------	-----------	--------------

zu TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Gem. §§ 34 Abs. 1a S. 5 i. V. m. 44 Abs. 3 S. 1 BbgKVerf, kommt für den Vorsitz bzw. die Sitzungsleitung nur eine persönliche Teilnahme am Sitzungsort in Betracht. Da Herr Dr. Gerlach aus gesundheitlichen Gründen per Video zugeschaltet ist, ist es

ihm nicht möglich die Ausschusssitzung als Vorsitzender zu leiten. Demnach übernimmt Herr Profitlich als stellvertretender Ausschussvorsitzender die Sitzungsleitung des Ausschusses für Regionalentwicklung.

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für Regionalentwicklung, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Gäste.

Der Vorsitzende stellt fest, dass 10 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses anwesend sind und der Ausschuss somit beschlussfähig ist.

zu TOP 2: Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Tagesordnung allen Ausschussmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen ist.

zu TOP 2.1: Anträge zur Tagesordnung

Der Vorsitzende beantragt, dass die Tagesordnung mit dem TOP „Abschlussdiskussion über die bisherige und zukünftige Arbeit des Ausschusses für Regionalentwicklung“ erweitert wird.

Der Vorsitzende bittet über die Änderung der Tagesordnung abzustimmen.

Abstimmungsergebnis: *Ja: mehrheitlich*

Die Sitzung hat somit folgende geänderte Tagesordnung im öffentlichen Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
 - 2.1 Anträge zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift der 20.Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 13.11.2023 - öffentlicher Teil
4. Informationen
5. Einwohnerfragestunde
6. Anfragen
 - 6.1 Planung Turnhalle „Philipp Hackert“ Prenzlau
AF/230/2023
Fraktion DIE LINKE

7. Anträge
 - 7.1 Der Nahverkehrsbeirat wird zu einem „Mobilitäts- und Nahverkehrsbeirat“
AN/035/2024/1
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion BVB/Freie Wähler, Fraktion DIE LINKE
8. Informationen zur Schließung der Greifvogelschutzstation Woblitz
9. Grundstücksübertragung des Standortes der Rettungswache Schönermark (Gemeinde Nordwestuckermark) an die Uckermärkische Dienstleistungsgesellschaft mbH (UDG mbH)
BV/001/2024
10. Grundstücksübertragung des Standortes der Rettungswache Gerswalde an die Uckermärkische Dienstleistungsgesellschaft mbH (UDG mbH)
BV/004/2024
11. Grundstücksübertragung des Standortes der Rettungswache Hohengüstow an die Uckermärkische Dienstleistungsgesellschaft mbH (UDG mbH)
BV/005/2024
12. Ärzteförderrichtlinie - Änderung Bewilligungsbehörde
BV/014/2024
13. Ermächtigung der Landrätin zur Vereinbarung bezüglich der Umstufung der Landesstraße L 215 von der L 100 über Groß Dölln bis zur Kreisgrenze Oberhavel zur Kreisstraße K 7362
BV/233/2023
14. Befristetes Aussetzen der Trichinenuntersuchungsgebühr im Jagdjahr 2024/2025 und optional für das Jagdjahr 2025/2026 aufgrund der Gefahr durch die Afrikanische Schweinepest
BV/031/2024
15. Sachstand Breitbandausbau GigaBit-RL 2.0 - Zuwendungsbescheide
BR/009/2024
16. Breitbandausbau GigaBit-RL 2.0 - Übernahme der Eigenanteile durch den Landkreis Uckermark
BV/010/2024
17. Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung/Auszahlung für den Aufbau und den Betrieb eines Notfallmanagements in der Kreisverwaltung Uckermark
BV/036/2024

18. *Abschlussdiskussion über die bisherige und zukünftige Arbeit des Ausschusses für Regionalentwicklung*

zu TOP 3: Bestätigung der Niederschrift der 20.Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 13.11.2023 - öffentlicher Teil

Der Vorsitzende stellt fest, dass innerhalb der vorgesehenen Frist keine Einwände gegen die Niederschrift der 20. Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 13.11.2023 – öffentlicher Teil – eingegangen sind und die Niederschrift damit als bestätigt gilt.

zu TOP 4: Informationen

Der Vorsitzende teilt mit, dass keine Informationen vorliegen.

zu TOP 5: Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende stellt fest, dass keine Einwohnerfragen vorliegen.

zu TOP 6: Anfragen

zu TOP 6.1: Planung Turnhalle „Philipp Hackert“ Prenzlau Vorlage: AF/230/2023 Fraktion DIE LINKE

Die Vorsitzende informiert, dass gemäß § 14 Abs. 4 der Geschäftsordnung Anfragen nur aufgerufen werden dürfen, wenn der Anfragende anwesend ist.

Da kein Mitglied der Fraktion Die Linke zur heutigen Sitzung anwesend ist, ist die Behandlung der Anfrage im Ausschuss für Regionalentwicklung hiermit abgeschlossen.

Der Vorsitzende übergibt dem Kreistagsbüro zwei schriftliche Anfragen von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen. Die Anfragen beziehen sich zum einen auf die Thematik „Naturschutzprojekt Randow-Niederungen“ und „Unterbringung verletzter und junger, nicht flugfähiger Jungvögel, insbesondere Greifvögel, im Landkreis Uckermark“.

zu TOP 7: Anträge

zu TOP 7.1: Der Nahverkehrsbeirat wird zu einem „Mobilitäts- und Nahverkehrsbeirat“

Vorlage: AN/035/2024/1

Der Vorsitzende beantragt für Frau Birgit Bader Rederecht, um den Antrag vorzustellen.

Abstimmungsergebnis: Ja: *mehrheitlich*

Frau Bader informiert, dass aufgrund einer gesetzlichen Veränderung der Nahverkehrsbeirat in einen Mobilitäts- und Nahverkehrsbeirat umgewidmet werden muss. Sie berichtet über die Arbeit des Nahverkehrsbeirates. Frau Bader hebt hervor, dass neben dem Nahverkehrsplan auch an dem Mobilitätskonzept des Landkreises Uckermark mitgearbeitet wurde. Diese Arbeit soll sich dementsprechend im Namen widerspiegeln.

Herr Dr. Gerlach und Herr Menke merken an, dass die jetzige Arbeit des Nahverkehrsbeirates nicht beeinträchtigt wird und dementsprechend diese Umwidmung in der nächsten Wahlperiode stattfinden könnte.

Herr Koschel befürwortet den Antrag. Er schließt sich jedoch bzgl. des Zeitpunktes der Umwidmung seinen Vorrednern an.

Frau Wernicke führt aus, dass es sich um eine Weiterentwicklung des vorhandenen Nahverkehrsbeirates handelt. Mit der Umwidmung sollen alle Verkehrsmittel in die zukünftige Arbeit eingebunden werden.

Abstimmungsergebnis: Ja: *einstimmig*

zu TOP 8: Informationen zur Schließung der Greifvogelschutzstation Woblitz

Herr Stornowski informiert den Ausschuss anhand des Schreibens „Informationen zur Schließung der Außenstelle Woblitz der staatlichen Vogelschutzwarte des Landesamtes für Umwelt“ und der Antwort der Landesregierung auf die Anfrage „Arten-schutzprogramm Adler und der Schutz von Greifvögeln“ über die Schließung der Greifvogelschutzstation Woblitz. Das Schreiben und die Antwort auf eine Anfrage sind der Niederschrift als **Anlage 1** und **Anlage 2** beigelegt.

Herr Wendt ergänzt, dass der Landkreis Uckermark pro Jahr ca. 15 Greifvögel in Woblitz unterbringen konnte. Die untergebrachten Vögel wurden tierärztlich untersucht, rehabilitiert und wieder freigelassen. Es gibt bereits eine Ersatzeinrichtung in Papendorf, welche für die Aufnahme von Greifvögeln zur Verfügung steht.

Frau Wernicke merkt an, dass auf dem ausgehändigten Schreiben kein Datum ersichtlich ist und möchte dies nachgereicht haben. Des Weiteren stellt sie fest, dass die Greifvogelschutzstation in Papendorf, keine gute Alternative ist. Der Standort an der Woblitz hatte gute Voraussetzungen für die Greifvögel, da dieser in einem Wald

gelegen war. Die Ersatzeinrichtung sei direkt an einer Bundesstraße und einer Autobahn gelegen. Auch sei die Lärmbelastung nicht gut für die untergebrachten Tiere. Der Aspekt des Tierschutzes sei so nicht gegeben.

Herr Wendt betont, dass die Aspekte des Tierschutzes eingehalten werden. Die Station in Papendorf hat eine größere Voliere als die an der Woblitz. Des Weiteren gibt es ausreichend Lärmschutzmaßnahmen, die die Tiere schützen. Die Freilassung der gesunden Tiere wird in nahegelegenen Wäldern durchgeführt.

Herr Stornowski wird die fehlenden Daten nachreichen.

zu TOP 9: Grundstücksübertragung des Standortes der Rettungswache Schönermark (Gemeinde Nordwestuckermark) an die Uckermärkische Dienstleistungsgesellschaft mbH (UDG mbH)
Vorlage: BV/001/2024

Der Vorsitzende schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 9, 10 und 11 zusammen zu behandeln, da es sich grundsätzlich um dasselbe Thema handelt.

Der Ausschuss für Regionalentwicklung stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

- „1. Der Kreistag beschließt die Grundstücksübertragung der Rettungswache Schönermark, Fürstenwerder Straße 2 (Flur 2 Flurstücke 626 mit 1.703 m² und 632 mit 242 m²) von Schönermark zum bilanzierten Wert als Sacheinlage (unbewegliches Sachanlagevermögen mit Stichtag nach Abschluss des Notarvertrages) an die UDG mbH durchzuführen.
2. Die Landrätin wird beauftragt, als Gesellschafter der UDG mbH dem Geschäftsführer der UDG mbH anzuweisen, die Rettungswache Schönermark, Fürstenwerder Straße 2 (Flur 2 Flurstücke 626 und 632) in das Anlagevermögen der UEG mbH einzubringen.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einheitlich

zu TOP 10: Grundstücksübertragung des Standortes der Rettungswache Gerswalde an die Uckermärkische Dienstleistungsgesellschaft mbH (UDG mbH)
Vorlage: BV/004/2024

Der Ausschuss für Regionalentwicklung stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

1. „Der Kreistag beschließt die Grundstücksübertragung der Rettungswache Gerswalde, Dorfmitte 13 (Flur 13 Flurstück 136 von Gerswalde) zum bilanzierten Wert als Sacheinlage (unbewegliches Sachanlagevermögen mit Stichtag nach Abschluss des Notarvertrages) an die UDG mbH durchzuführen.
2. Die Landrätin wird beauftragt, als Gesellschafter der UDG mbH dem Geschäftsführer der UDG mbH anzuweisen, die Rettungswache Gerswalde,

Dorfmitte 13 in Gerswalde (Flur 13 Flurstück 136) in das Anlagevermögen der UEG mbH einzubringen.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einheitlich

zu TOP 11: Grundstücksübertragung des Standortes der Rettungswache Hohengüstow an die Uckermärkische Dienstleistungsgesellschaft mbH (UDG mbH)

Vorlage: BV/005/2024

Der Ausschuss für Regionalentwicklung stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

1. *„Der Kreistag beschließt die Grundstücksübertragung der Rettungswache Hohengüstow, Prenzlauer Straße 2 und 4 (Flur 2 Flurstück 43/3 von Hohengüstow) in der Gemeinde Uckerfelde zum bilanzierten Wert als Sacheinlage (unbewegliches Sachanlagevermögen mit Stichtag nach Abschluss des Notarvertrages) an die UDG mbH durchzuführen.*
2. *Die Landrätin wird beauftragt, als Gesellschafter der UDG mbH dem Geschäftsführer der UDG mbH anzuweisen, die Rettungswache Hohengüstow, Prenzlauer Straße 2 und 4 in Uckerfelde (Flur 2 Flurstück 43/3) in das Anlagevermögen der UEG mbH einzubringen.“*

Abstimmungsergebnis: Ja: einheitlich

zu TOP 12: Ärzteförderrichtlinie - Änderung Bewilligungsbehörde

Vorlage: BV/014/2024

Herr Bretsch informiert, dass es eine Änderung der Beschlussvorlage geben wird. Die Änderung sieht vor, dass die zur Verfügung gestellten Finanzmittel vom Gesundheitsamt an das Amt für Kreisentwicklung und Teilnehmendenmanagement übertragen werden.

Herr Menke erkundigt sich, ob noch mehr Anträge gestellt wurden und wie die Verteilung der Fördermittel aussieht, wenn mehr als zwei Anträge gestellt werden.

Herr Bretsch informiert, dass es bislang nur zwei Anträge gab. Des Weiteren teilt er mit, dass die Fördermittel nach dem Eingangsdatum des jeweiligen Antrages bearbeitet und beschieden werden.

Herr Rensch merkt an, dass, sollten die 200.000 EUR nicht ausreichen, eine entsprechende Erhöhung der Fördermittel vorgesehen werden soll.

Herr Bretsch führt aus, dass, sollte der Fall eintreten, der Kreistag rechtzeitig darüber informiert wird und eine Entscheidung diesbezüglich treffen kann.

Der Ausschuss für Regionalentwicklung stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt die Änderung der Bewilligungsbehörde zur Umsetzung der Ärzteförderrichtlinie.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

**zu TOP 13: Ermächtigung der Landrätin zur Vereinbarung bezüglich der Umstufung der Landesstraße L 215 von der L 100 über Groß Dölln bis zur Kreisgrenze Oberhavel zur Kreisstraße K 7362
Vorlage: BV/233/2023**

Herr Menke erkundigt sich, ob die Landesmittel als Rückstellung für die Unterhaltung der Straße genutzt werden.

Herr Bretsch führt aus, dass die Landesmittel erst für investive Maßnahmen genutzt werden.

Frau Wernicke erkundigt sich, ob die 1,3 Mio. EUR für die Instandhaltung der L 215 eingesetzt werden. Zudem fragt sie, wann die geplanten Baumaßnahmen umgesetzt werden.

Herr Bretsch sichert zu, dass die 1,3 Mio. EUR nur für die L 215 eingesetzt werden. Auf die Frage, wann die geplanten Baumaßnahmen umgesetzt werden, sichert Herr Bretsch eine schriftliche Antwort zu.

Herr Koschel fragt, wie viele Straßen der Landkreis kurz- und mittelfristig vom Land übernimmt. Des Weiteren fragt er, wie hoch die dementsprechenden Unterhaltungskosten sind und ob die UDG personell und ausstattungstechnisch aufgestellt ist, diese Straßen zu pflegen.

Herr Bretsch sichert eine schriftliche Antwort zu.

Frau Wernicke erkundigt sich, ob die Ortsdurchfahrt Gollin auch von der Umstufung betroffen ist und wann dort die Baumaßnahmen geplant sind. Des Weiteren fragt sie, ob durch die Herabstufung der Landesstraße zur Kreisstraße, die Gemeinde finanziell belastet werden.

Herr Bretsch sichert eine schriftliche Antwort zu.

Der Ausschuss für Regionalentwicklung stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

1. *„Der Kreistag ermächtigt die Landrätin, die beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Umstufung der L 215 Abschnitt 010 von Netzknoten (NK) 2947 004 bis Station 7,075 mit einer Gesamtlänge von 7,075 km zum 01.10.2024 zu unterzeichnen, unter der Voraussetzung, dass der Landesbetrieb Straßenwesen im Rahmen der Einstandspflicht 1.304.620,34 € für die etwaige bestehende rückständige Unterhaltung zur Verfügung stellt.*
2. *Der Kreistag beschließt, dass der Zugang des unter 1. genannten Straßenabschnitts als K 7362 mit Wirkung vom 01.10.2024 Bestandteil des Geschäfts-*

besorgungsvertrages mit der UDG mbH wird. Die Aktualisierung des Geschäftsbesorgungsvertrages mit der UDG mbH erfolgt mit gesondertem Beschluss.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

**zu TOP 14: Befristetes Aussetzen der Trichinenuntersuchungsgebühr im Jagdjahr 2024/2025 und optional für das Jagdjahr 2025/2026 aufgrund der Gefahr durch die Afrikanische Schweinepest
Vorlage: BV/031/2024**

Der Ausschuss für Regionalentwicklung stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag Uckermark beschließt, für das Jagdjahr 2024/2025 (01.04.2024 bis 31.03.2025) auf die Erhebung von Trichinenuntersuchungsgebühren zu verzichten. Gleichzeitig ermächtigt der Kreistag die Landrätin, bei unveränderter Seuchenlage den Verzicht auf die Erhebung der Gebühren auch für das Jagdjahr 2025/2026 (01.04.2025 bis 31.03.2026) anzuordnen.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

**zu TOP 15: Sachstand Breitbandausbau GigaBit-RL 2.0 - Zuwendungsbescheide
Vorlage: BR/009/2024**

Die Mitglieder des Ausschusses für Regionalentwicklung nehmen den Sachstand zum Breitbandausbau nach GigaBit-RL 2.0 zu den Zuwendungsbescheiden zur Kenntnis.

**zu TOP 16: Breitbandausbau GigaBit-RL 2.0 - Übernahme der Eigenanteile durch den Landkreis Uckermark
Vorlage: BV/010/2024**

Der Ausschuss für Regionalentwicklung stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag beschließt die vollständige Übernahme der Eigenanteile der Städte und Gemeinden in Höhe von derzeit 2.426.850,00 € beim Breitbandausbau im Rahmen der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Gigabitbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ – Gigabit-Richtlinie des Bundes 2.0 (Gigabit-RL 2.0) durch den Landkreis Uckermark.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 17: Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung/Auszahlung für den Aufbau und den Betrieb eines Notfallmanagements in der Kreisverwaltung Uckermark

Vorlage: BV/036/2024

Herr Rensch merkt an, dass die zur Verfügung gestellten Finanzmittel aus dem Projekt Randow-Niederungen stammen und befürchtet, dass keine finanzielle Deckung des Projektes Randow-Niederungen gegeben ist.

Herr Stornowski führt aus, dass für das Haushaltsjahr 2023 die Finanzmittel für das Projekt Randow-Niederungen nicht gebraucht werden. Daher stehen die 180.000 EUR für den Aufbau und Betrieb eines Notfallmanagements zur Verfügung.

Frau Wernicke hält die Beschlussvorlage für unzureichend und nicht hinreichend erläutert. Des Weiteren fragt sie, welche konkreten Maßnahmen geplant sind und umgesetzt werden sollen.

Herr Koschel ist verwundert, dass es bisher kein Notfallmanagement für die Kreisverwaltung gab. Darüber hinaus fragt er, ob es nicht besser wäre, eine Arbeitsgruppe mit den betroffenen Ämtern zu bilden. Dadurch könnten grundlegende Fragen innerhalb der Verwaltung beantwortet werden.

Herr Menke beantragt Rederecht für Frau Bettin.

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

Frau Bettin führt aus, dass bisher kein ausgearbeitetes Gesamtkonzept für das Notfallmanagement existiert. Für den Fall eines Stromausfalls, eines Cyberangriffes oder bei einem Internetausfall ist die Kreisverwaltung nicht vorbereitet. Darum soll es ein konkretes Handlungskonzept für solche Fälle geben. Die einzelnen Ämter sollen Aufgaben ausarbeiten, welche im Fall eines IT-Ausfalls, noch durchführbar sind. Es soll u. a. ein Krisenstab eingerichtet werden. Dieser ist für die Koordination der Aufgabenverteilung in einem solchen Fall zuständig. Dadurch soll eine schnelle Wiederaufnahme der Aufgaben in der Kreisverwaltung gewährleistet werden.

Frau Wernicke findet es beunruhigend, dass die Verwaltung auf solche Fälle nicht vorbereitet ist. Trotzdem hält Sie die Begründung der Beschlussvorlage für mangelhaft.

Herr Stornowski sichert eine Ergänzung der Vorlage zu, in der es eine geänderte Begründung geben wird. Durch die Ergänzung soll es dann eine klare Abgrenzung zwischen der Cybersicherheit und dem Katastrophenschutz geben.

Herr Bretsch stellt klar, dass mit dieser Beschlussvorlage die internen Handlungsabläufe koordiniert werden sollen.

Der Ausschuss für Regionalentwicklung stimmt der Vorlage zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreistag stimmt der überplanmäßigen Aufwendung/Auszahlung für den Aufbau und den Betrieb eines Notfallmanagements in Höhe von 180.000,00 € zu.“

Abstimmungsergebnis: *Nein: mehrheitlich*

Frau Wernicke beantragt im Namen des Ausschusses für Regionalentwicklung, dass die Verwaltung eine konkrete und verständlichere Begründung ausarbeitet.

Abstimmungsergebnis: *Ja: einstimmig*

zu TOP 18: Abschlussdiskussion über die bisherige und zukünftige Arbeit des Ausschusses für Regionalentwicklung

Der Vorsitzende würde es befürworten, wenn sich der Ausschuss für Regionalentwicklung in seiner zukünftigen Arbeit auch mit dem Thema der wirtschaftlichen Entwicklung des Landkreises Uckermark beschäftigen würde.

Herr Dr. Gerlach informiert, dass die Transformation des PCK´s auch wirtschaftliche Auswirkungen auf die gesamte Uckermark haben wird.

Herr Bretsch führt aus, dass die Kreistagsmitglieder fortwährend über den aktuellen Stand des Transformationsprozesses informiert werden. Zukünftig kann regelmäßig ein allgemeiner Bericht über die Wirtschaftsentwicklung im Landkreis Uckermark eingebracht werden.

zur Kenntnis genommen:

gez. Florian Profitlich
Stellv. Ausschussvorsitzender

gez. Karina Dörk
Landrätin

gez. Paul-Ivo Drenske
Schriftführer